



Unter der Herrschaft der Kuomintang wurden bis 1987 Tausende Oppositionelle in Taiwan inhaftiert und ermordet. Zwei Angehörige erinnern an den gewaltsamen Tod ihrer Verwandten

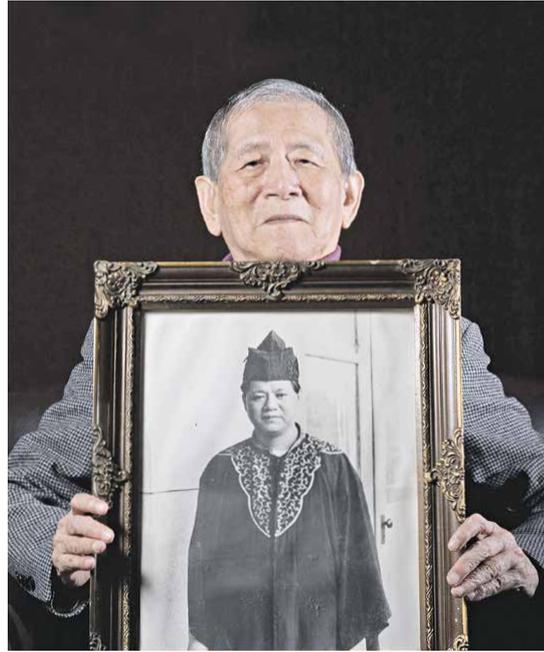


Foto: (Ausschnitt) AP/OT/Imago

Vergessene Verbrechen

Welche Fragen die Resolution des Bundestags zum Holodomor aufwirft **VON MARTIN SCHULZE WESSEL**

Seit Jahren wird darüber gestritten, ob der Holodomor in der Ukraine ein Genozid war oder nicht. Am 30. November hat nun der Bundestag beschlossen, die von Stalin Anfang der Dreißigerjahre gezielt herbeigeführte große Hungersnot als Völkermord einzustufen. Damit folgt die Bundesrepublik einer großen Zahl von Staaten, die diesen Schritt bereits vollzogen haben. Dennoch ist die Entscheidung nicht der Schlussstein einer Debatte, sie sollte vielmehr ein Anfang sein.

Nicht nur, weil die Resolution bei einigen Skepsis hervorgerufen hat. Dass der Ukraine-Krieg den Ausschlag gegeben hat, mag tatsächlich irritieren, denn an den historischen Tatsachen ändern die aktuellen Ereignisse nichts. Aber die Gegenwart interpretiert immer die Vergangenheit. Und der gegenwärtige Krieg erinnert in vielen seiner Muster an Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts: Die russische Armee führt gezielte Schläge gegen die Zivilbevölkerung und deportiert Ukrainerinnen und Ukrainer über Filtrationslager nach Russland, während die Kreml-Propaganda die Kiewer Führung systematisch dämonisiert.

Russland hat mit seinem Überfall die Rechtsbasis der internationalen Ordnung infrage gestellt. »Führt ein offensichtlicher Bruch so fundamentaler Rechtsgrundsätze nicht notwendigerweise zu einem Verlust an Normativität?«, fragte deshalb kürzlich der Münchner Völkerrechtler Christian Walter. In der Tat scheint ein normativer Erosionsprozess unvermeidlich, wenn die Staatengemeinschaft nicht durch Widerspruch und, sobald möglich, strafrechtliche Sanktionierung dem Unrecht begegnet. Die Bundestagsresolution steht – in weiterem Sinne – in diesem Zusammenhang. Viel zu lange hat der Holodomor insbesondere in Deutschland nicht die Aufmerksamkeit erfährt, die ihm als größtem stalinistischen Einzelverbrechen mit fast vier Millionen Toten in der Ukraine gebührt. Auch das Ignorieren vergangener Massenverbrechen leistet dem Verfall der normativen Ordnung Vorschub.

Ein Anfang und kein Ende ist die Bundestagsresolution, weil sie nicht auf einem breiten Wissen in der Gesellschaft über das Ausmaß des Verbrechens aufbaut. Über die Bedeutung des Holodomors gibt es selbst unter Historikern bemerkenswerte Differenzen. Dabei spielt es innerwissenschaftlich eine nachrangige Rolle, ob man ihn wegen eines gleichzeitig geführten Kulturkampfes gegen die ukrainische Intelligenz als Genozid oder als Massenmord an den Bauern, als Sozozid, im Zuge der stalinistischen Industrialisierungspolitik einstuft. Beides ist kaum voneinander zu trennen. Viel wichtiger ist es, die generationsübergreifende zerstörerische Wirkung des Hungerterrors auf die ukrainische Gesellschaft zu begreifen.

Nicht zuletzt ist zu fragen, wie der Holodomor zu anderen Massenverbrechen in Beziehung zu setzen ist, zumal die damalige Hungersnot auch andere Regionen traf. Die Bundestagsresolution erwähnt zu Recht Kasachstan. Hier kamen während des Holodomors durch staatlich herbeigeführten Hunger und im Zuge einer Kampagne, die Nomaden sesshaft zu machen 40 Prozent der Gesamtbevölkerung um Leben. Der Massenmord in der Ukraine und der an den Kasachen folgten je eigenen Motiven; Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren sie beide.

Die Beschäftigung mit der sowjetischen Gewaltgeschichte ist überallig. Sie sollte allerdings nicht von Genoziden und Massenmorden ablenken, die von Deutschland begangen wurden, sei es in den Kolonien oder in Osteuropa. Die Bundestagsresolution hebt den Holocaust in seiner Singularität hervor und nennt Wola, Babyn Jar und Leningrad. Der breiteren Öffentlichkeit dürfen höchstens die letzten beiden Orte bekannt sein: Während der Leningrader Blockade verhungerten zwischen 1941 und 1944 mindestens eine Million Zivilisten; im ukrainischen Babyn Jar erschossen im September 1941 Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, unterstützt von der Wehrmacht, mehr als 33.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder. Vom polnischen Wola, in dem deutsche Einheiten 1944 während der Niederschlagung des Warschauer Aufstands 150.000 Zivilisten ermordeten, weiß hierzulande kaum jemand.

Die Forschung zu den deutschen Weltkriegsverbrechen ist weit fortgeschritten – ihre Vermittlung ist es auch. Auch daran ist nach dem Bundestagsbeschluss zum Holodomor zu erinnern.

Martin Schulze Wessel ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Mitglied der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission

Taiwans offene Wunden

Die junge Demokratie des ostasiatischen Inselstaats wird von seiner autoritären Geschichte eingeholt. Deren Aufarbeitung berührt auch das Verhältnis zu China **VON LENA FIEDLER**

Als Fred Chin eine Lilie auf einen der unzähligen Gedenksteine legt, hat es schon viele Stunden ununterbrochen geregnet. Der jungenhafte alte Mann ist Teil einer Prozession, die mit Schirmen und Regenjacken im Hof des ehemaligen Jingmei-Gefängnisses am Rande Taipehs langsam an großen Schwarz-Weiß-Fotografien vorbeizieht. Sie zeigen, was hier einmal Alltag war: ausgemergelte Körper, die in Reih und Glied vor den Wärtern stehen.

Fred Chin war eins der Opfer. Als 18-Jähriger kam er von Malaysia auf die Insel Taiwan, um zu studieren. »Das war die schlimmste Entscheidung meines Lebens«, sagt er. 1971 wurde er von der Geheimpolizei abgeholt. Chin kann sich bis heute nicht erklären, warum. Die Polizisten zwangen ihm, Blut zu trinken, und hängten ihn kopfüber auf. »Sie folterten mich so lange, bis ich gestand, ein malaysischer Terrorist zu sein«, erinnert sich der heute 73-Jährige. »Ich versuchte, mich umzubringen, aber scheiterte.« Das Militärgericht verurteilte ihn zu zwölf Jahren Gefängnis. Der heutige Tag Anfang November ist ihm und den anderen Opfern des damaligen Regimes gewidmet. Ihnen ist es zu verdanken, dass es das Gefängnis noch gibt, denn es waren die Opfer selbst, die gegen den Abriss gekämpft haben. Seit 2007 dient der Bau als Gedenkstätte und erinnert an Gräueltaten, die viele in Taiwan gern vergessen würden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen der Militärführer und Politiker Chiang Kai-shek und seine chinesische Nationalpartei, die Kuomintang (KMT), die Herrschaft über Taiwan. Dort wurden sie zunächst freudig begrüßt, doch schnell wuchs bei den Taiwanern die Unzufriedenheit mit der KMT, unter der die Inflation stieg und die Korruption im Land zunahm. Nicht minder stark missfiel ihnen die Festlandchinesen den Taiwanern, die gerade erst aus der jahrzehntelangen japanischen Kolonialherrschaft befreit worden waren und kaum Hochchinesisch, dafür aber das verhasste Japanisch sprachen.

Der Konflikt eskaliert am 28. Februar 1947, als in Taipeh ein chinesischer Polizist eine Verkäuferin dabei ertappt, wie sie westliche Zigaretten verkauft. Nach einem Wortgefecht wird der Beamte handgreiflich, ein Schuss fällt, schließlich brennt eine aufgebrauchte Menge das chinesische Monopolat wieder – der Beginn eines Aufstands. Taiwans oberster Verwaltungschef lässt ihn mit militärischer Unterstützung vom Festland niederschlagen. Mindestens 10.000 Taiwaner werden während des »228-Massakers« ermordet (der Name leitet sich vom Datum her), unter ihnen etliche Unbeteiligte.

Es folgt eine Phase in Taiwans Geschichte, die heute Weißer Terror genannt wird und eng mit dem Namen Chiang Kai-shek verbunden ist. Als er 1949 den Bürgerkrieg gegen die Kommunistische Partei Chinas verliert, flieht er vom Festland nach Taiwan. Mehr als eine Million Menschen folgen ihm. Chinas »freies China« auf der Insel ist allerdings eine Diktatur. Im Mai 1949 wird das Kriegsrecht ver-

hängt. Bis 1987 werden schätzungsweise 140.000 Menschen inhaftiert und mehrere Tausend wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Opposition zur KMT hingerichtet.

In den Neunzigerjahren begann ein zaghafter Prozess der Aufarbeitung, der in Taiwan als »Transitional Justice« – »Übergangsgerechtigkeit« – bezeichnet wird, wobei man sich stark an Deutschland orientiert. 2018 lud das taiwanische Kulturministerium den Stasi-Unterlagen-Beauftragten Roland Jahn ein, um über den Umgang mit politischen Akten der Diktatur zu sprechen. Ende Oktober dieses Jahres reiste eine Delegation des Menschenrechtsausschusses des Bundestags nach Taipeh und besuchte das Jingmei-Gefängnis.

Der Umgang mit der Vergangenheit ist in Taiwan so brisant, weil er den komplexen Demokratisierungsprozess des Landes und das Verhältnis zu China berührt. Erst nachdem Chiang Kai-sheks Sohn Chiang Ching-kuo 1987 unter dem Druck der Opposition das Kriegsrecht aufgehoben hatte, bekannte sich die KMT zur Demokratie. Am Verhandlungstisch saß sie nun der neu gegründeten Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) gegenüber.

Heute wirkt das Land in vielen Dingen auf geradezu mustergültige Weise fortschrittlich: angeführt von einer unverheirateten Präsidentin, weltweit bekannt für die Legalisierung der Ehe für alle und bewundert für sein modernes und günstiges Gesundheitssystem. In der Haltung zu China jedoch ist es tief gespalten. Chian Kai-shek träumte zeitlebens von einer Wiedervereinigung mit dem Festland; die KMT ist bis heute einer Annäherung nicht abgeneigt. Die DPP dagegen möchte die Autonomie der Insel stärken. Eine gründliche Aufarbeitung der Vergangenheit käme dem entgegen: Sie würde Taiwan von der Volksrepublik China unterscheiden, wo jede Form der kollektiven Erinnerung staatlich gelenkt ist. Des Tiananmen-Massakers von 1989 etwa darf bis heute niemand öffentlich gedenken.

DPP und KMT einigen sich nach der Diktatur auf einen Kompromiss: Die Opfer des 228-Massakers und des Weißen Terrors sollten entschädigt, dafür aber die Täter geschützt werden. Bis heute wurde keiner von ihnen angeklagt. Auch deshalb kommt die Geschichte nicht zur Ruhe. »Ich würde gerne die Staatsanwälte von damals kennenlernen und sie fragen, ob sie Mitleid mit uns hatten«, sagt Chin.

Auch Vladimir Stolojan-filipescu findet die Frage nach den Tätern wichtig. Der Soziologe forscht als

Visiting Fellow an der Academia Sinica in Taipeh zu Erinnerungspolitik und sagt: »Die Verurteilung der Täter hätte das historische Gedächtnis Taiwans geprägt und einen moralischen Standard gesetzt.«

Die Folgen des Unterlassens zeigen sich etwa in der Debatte um die Statuen Chiang Kai-sheks. Als Chen Shui-bian 2000 zum ersten Präsidenten aus den Reihen der DPP gewählt wurde, ließ er die meisten der im ganzen Land verteilten Statuen entfernen. Den Großteil verfrachtete man in einen Park südlich von Taipeh, unweit der Grabstätte Chiangs. Die größte von allen aber blieb an ihrem Platz – in der Chiang-Kai-shek-Gedächtnishalle im Zentrum der Hauptstadt, flankiert von einer Ausstellung, die den Weißen Terror ausspart. Chiang Kai-shek gilt einigen Taiwanern bis heute als Held. Sein angeblicher Urkel Chiang Wan-an hat kürzlich bei den Regionalwahlen für die KMT in Taipeh die Mehrheit gewonnen. Bei Veranstaltungen betont er, dass er in die Fußstapfen seines Urgroßvaters treten werde, um Taiwan zu einem besseren Ort zu machen.

»Die Statue ist der Grund, warum ich nicht an diesen Platz gehen kann«, sagt Fred Chin. Der Soziologe Stolojan-filipescu kann das gut verstehen: »Es reicht nicht, den Opfern nur Geld zu geben«, sagt er. »Es brauche auch rituelle Momente, in denen die taiwanische Gesellschaft ihrem historischen Gewissen Ausdruck verleihen kann, zudem mehr politische Bildung an den Schulen. Das aber würden viele Eltern nicht tolerieren, weil sie Politik aus der Schule fernhalten wollten.«

Selbst als die DPP-Politikerin Tsai Ing-wen 2016 Präsidentin wurde, änderte sich die Situation kaum. Zwar hatte die DPP zugleich die Mehrheit im Parlament und konnte so 2018 eine Behörde für die Aufarbeitung der Vergangenheit gründen, die Transitional Justice Commission; zugleich wurde in Taipeh das Nationale Menschenrechtsmuseum eröffnet. »Nach den Tätern zu fragen birgt für die DPP aber auch Risiken«, sagt Stolojan-filipescu. 2019 etwa wurden zuvor gesperrte Akten aus der Zeit der Diktatur öffentlich zugänglich gemacht, ein wichtiger Sieg der neuen Behörde – der allerdings auch dazu führte, dass man in den Reihen der DPP einen ehemaligen Informanten des KMT-Regimes entdeckte. »Mit diesem Thema kann man keine Wähler gewinnen«, sagt Stolojan-filipescu. Deswegen lasse man es lieber ruhen – zum Leidwesen der Opfer.

Welche Folgen das haben kann, zeigt sich an Wang Yu-jun. Sie ist die Tochter eines ehemaligen politischen Gefangenen und fühlt sich mit der Geschichte ihrer Familie alleingelassen. Ihr Vater Wang Chun-chang und viele seiner Kommilitonen wurden 1950 an der Staatlichen Universität Taiwan in Taipeh festgenommen, weil sie einem angeblich kommunistischen Buchclub angehörten. Wang zeigt auf ein Klassenfoto. Ihr Vater sitzt lächelnd in der zweiten Reihe, umgeben von anderen jungen Männern in hellen Anzügen, die glauben, in eine glänzende Zukunft zu blicken: »Zwei Jahre später ist der Großteil von ihnen tot.« Wang Chun-chang wurde für zehn Jahre auf Lü Dao eingesperrt, einer Gefängnisinsel im Osten Taiwans. Seine Tochter ist 26 Jahre alt, als

sie zufällig von einem Cousin in den USA die Wahrheit über ihren Vater erfährt. Als sie ihn dazu befragen will, ist es zu spät: Er ist an Demenz erkrankt und kann sich nicht mehr erinnern.

Wang Yu-jun lässt die Geschichte nicht los. Sie fängt an, nach Unterlagen zu suchen, um das Schicksal ihres Vaters zu dokumentieren. Heute weiß sie, dass dessen Scham über das Erlittene zu groß war, um darüber zu sprechen. Stolojan-filipescu hat während seiner Arbeit verfrachtete man in einen Park südlich von Taipeh, unweit der Grabstätte Chiangs. Die größte von allen aber blieb an ihrem Platz – in der Chiang-Kai-shek-Gedächtnishalle im Zentrum der Hauptstadt, flankiert von einer Ausstellung, die den Weißen Terror ausspart. Chiang Kai-shek gilt einigen Taiwanern bis heute als Held. Sein angeblicher Urkel Chiang Wan-an hat kürzlich bei den Regionalwahlen für die KMT in Taipeh die Mehrheit gewonnen. Bei Veranstaltungen betont er, dass er in die Fußstapfen seines Urgroßvaters treten werde, um Taiwan zu einem besseren Ort zu machen.

Wang Yu-jun fuhr nach Deutschland und besuchte Erinnerungsstätten. »Als ich zurückkam«, sagt sie, »habe ich mich gefragt, warum ich eine Behörde für Transitional Justice, aber keine Vergangenheitsbewältigung haben.« Sie setzt sich heute für mehr Aufarbeitung ein, organisiert historische Touren durch Taiwan und Reisen zu deutschen Gedenkstätten. Eine staatliche Unterstützung ihres Engagements lehnt sie ab – aus Angst vor politischer Einflussnahme. Wang wünscht sich für ihre Arbeit einen emotionaleren Begriff als den der Transitional Justice. Einen Begriff, der klarmache, dass es eine kollektiven Vergebung bedürfe.

Auch Stolojan-filipescu stört sich an der offiziellen Bezeichnung. »Sie deutet an, dass es sich hier um eine vorübergehende Aufgabe handelt«, sagt er. Tatsächlich wurde die Transitional Justice Commission im Mai 2022 aufgelöst; ihre Aufgaben, heißt es vage, sollen nun andere Institutionen übernehmen. Von vornherein war sie von Präsidentin Tsai nur temporär beauftragt worden.

Dabei wäre eine entschlossene Aufarbeitung der Vergangenheit für Taiwans junge Demokratie gerade jetzt wichtig: Im kommunistischen China protestieren mehr und mehr Menschen gegen die Corona-Politik und das autoritäre System. Mit der eigenen autoritären Vergangenheit aufzuräumen wäre ein starkes Signal Taiwans an diese Bewegung. Doch eine grundlegende Neubewertung des Erbes Chiang Kai-sheks ist nicht in Sicht: Für die China-Nationalisten in Taiwan verkörpert er nach wie vor das Ideal eines geeinten China.

Als Fred Chin 1983 aus dem Gefängnis entlassen wurde, wollte er zurück nach Malaysia. Doch die Regierung behielt seinen Pass ein, um zu verhindern, dass er im Ausland von dem erlittenen Unrecht erzählt. Heute führt er als Zeitzeuge durch das Jingmei-Gefängnis. »Ich empfinde es als meine Pflicht, hierzulieben«, sagt er, »und der jüngeren Generation meine Geschichte zu erzählen.«

Die Recherche wurde durch ein Stipendium der Heinz-Kühn-Stiftung für Nachwuchsjournalisten aus Nordrhein-Westfalen gefördert

Mehr Geschichte



Die deutschen Kaiser
Ein historisches Panorama von den Ottonen bis zu Wilhelm II.
Das neue Heft von **ZEIT Geschichte**, 124 S., 8,95 € Jetzt am Kiosk oder unter www.zeit.de/zg-heft

Berichtigungen

Nr. 48: Sun Ra setzte 1969 nicht »als erster Musiker« den Moog-Synthesizer ein, er war einer der ersten. Wendy/Walter Carlos kam ihm mit *Switched-On Bach* ein Jahr zuvor.
Nr. 49: In der Balfour-Deklaration heißt es 1917 »Seine Majestät«, nicht »Ihr«. König von England war damals ein Mann: Georg V.